

Martin Griffiths, UN-Untergeneralsekretär

Eine humanitäre Krise, die in jeder Hinsicht untragbar ist

Wir bitten nicht um den Mond. Wir verlangen die grundlegenden Maßnahmen, die erforderlich sind, um die grundlegenden Bedürfnisse der Zivilbevölkerung zu befriedigen und den Verlauf dieser Krise aufzuhalten.

Pressemitteilung von Martin Griffiths, Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinator zur humanitären Lage im Gaza-Streifen und der Forderung von 10 Punkten aus dem Standardrepertoire der humanitären Hilfe, Virtuell, 17. November 2023

Martin Griffiths ist ein britischer Berufsdiplomat, der in vielen Funktionen für die Vereinten Nationen tätig ist. Seit 2021 ist er Unter-Generalsekretär für humanitäre Angelegenheiten, UN-Nothilfekoordinator und Leiter des OCHA, des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten. (aus https://de.wikipedia.org/wiki/Martin_Griffiths und https://de.wikipedia.org/wiki/Amt_der_Vereinten_Nationen_für_die_Koordinierung_humanitärer_Angelegenheiten)

Übersetzung von:

<https://www.unocha.org/news/un-relief-chief-intolerable-humanitarian-situation-gaza-cannot-continue>

Pressemitteilung - veröffentlicht am 17. November 2023

Herr Martin Griffiths, Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinator Informelle Plenarsitzung der Generalversammlung zur humanitären Lage im Gaza-Streifen Virtuell, Freitag, 17. November 2023

Herr Präsident, Ihre Exzellenzen,

ich danke Ihnen für diese Gelegenheit, die Mitgliedstaaten über die aktuelle humanitäre Lage im Gazastreifen zu informieren.

Wie Sie wissen, gehen die heftigen Feindseligkeiten im Gazastreifen weiter, aus der Luft, von der See und jetzt auch am Boden.

Die Zahl der Opfer steigt weiter an, Berichten zufolge gibt es mehr als 11.000 Tote - die meisten von ihnen Kinder und Frauen. Die tatsächliche Zahl ist jedoch wahrscheinlich viel höher, da die Zahlen aufgrund des Zusammenbruchs der Kommunikationsnetze in Gaza seit fünf Tagen nicht mehr aktualisiert wurden.

Mehr als 41.000 Wohneinheiten wurden zerstört oder schwer beschädigt - das entspricht etwa 45 Prozent des Wohnungsbestands in Gaza. Die Art und das Ausmaß der zivilen Schäden sind charakteristisch für den Einsatz von Explosivwaffen mit großflächiger Wirkung in einem so dicht besiedelten Gebiet. Ich erinnere daran, dass morgen der erste Jahrestag der Verabschiedung der

Politischen Erklärung zur Stärkung des Schutzes der Zivilbevölkerung vor den humanitären Folgen des Einsatzes von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten ist. Es gibt keine bessere Erinnerung daran, wie wichtig es ist, dass diese Erklärung weltweit angenommen und umgesetzt wird.

Schätzungen zufolge sind mehr als 1,5 Millionen Menschen aus dem Gazastreifen Binnenvertriebene. Viele von ihnen sind auf der Suche nach relativer Sicherheit in den Süden geflohen, nur um jetzt aufgefordert zu werden, umzusiedeln - viele von ihnen zum zweiten Mal, in Richtung Westen.

Dennoch bleiben Hunderttausende im Norden, wo die heftigsten Kämpfe und Bombardierungen stattfinden.

Im nördlichen Gazastreifen gibt es kaum oder gar keine medizinische Versorgung. Von den 24 Krankenhäusern mit stationären Kapazitäten im Norden ist derzeit nur eines, Al Ahli in Gaza-Stadt, in Betrieb und nimmt Patienten auf.

Achtzehn Krankenhäuser wurden seit Beginn der Feindseligkeiten geschlossen und evakuiert.

Weitere fünf Krankenhäuser, darunter das Shifa, bieten nur äußerst eingeschränkte Leistungen für bereits aufgenommene Patienten an. Diese Krankenhäuser sind aufgrund der unsicheren Lage nicht zuverlässig erreichbar, verfügen nicht über Strom oder wichtige Versorgungsgüter und nehmen keine neuen Patienten auf.

Wir alle haben in den letzten Tagen die Kämpfe in und um das Shifa-Krankenhaus gesehen. Es ist mir ein Bedürfnis, noch einmal deutlich zu machen, dass nach dem humanitären Völkerrecht alle Parteien Zivilpersonen und zivile Objekte schützen müssen. Um die medizinische Versorgung von Verwundeten und Kranken zu gewährleisten, stehen Krankenhäuser unter besonderem Schutz. Das bedeutet, dass sie nicht dazu benutzt werden dürfen, militärische Ziele vor Angriffen zu schützen. Es bedeutet auch, dass, selbst wenn Krankenhäuser ihren Schutz verlieren, Warnungen und andere Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden müssen, um Schaden von der Zivilbevölkerung abzuwenden, und natürlich sind unverhältnismäßige Angriffe streng verboten.

Im gesamten Gazastreifen, vor allem aber im Norden, gehen die Lebensmittel- und Wasservorräte bedrohlich zur Neige, und der Mangel an Treibstoff führt dazu, dass Kommunikation und andere wichtige Funktionen wie die Wasserentsalzung nach und nach ausfallen.

Jenseits der Grenze trauern die Zivilisten in Israel über die brutale Tötung von 1.200 Menschen und ertragen ihren eigenen Schmerz. Jeden Tag werden neue Einzelheiten über die Schrecken des 7. Oktober bekannt. Nach wie vor werden Raketen auf bewohnte Gebiete abgefeuert und Zehntausende von Menschen sind auf der Flucht.

Fast 240 Geiseln, von Babys bis zu Achtzigjährigen, erleben den 41. Tag ihrer Gefangenschaft. Sie müssen unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden. In der Zwischenzeit müssen sie menschlich behandelt werden und Besuche des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz empfangen dürfen.

Meine Kollegen von den anderen UN-Organisationen und -Abteilungen, Herr Philippe Lazzarini (UNRWA), Dr. Tedros (WHO), Herr Achim Steiner (UNDP), Herr Volker Turk (OHCHR), Frau Cindy McCain (WFP), Dr. Natalia Kanem (UNFPA) und Frau Lana Wreikat (UNICEF), die heute zu uns stoßen, werden weitere Einzelheiten über die entsetzliche Situation vor Ort berichten.

Es handelt sich jedoch zweifellos um eine humanitäre Krise, die in jeder Hinsicht untragbar ist und nicht weitergehen kann. In vielerlei Hinsicht scheint das humanitäre Völkerrecht auf den Kopf gestellt worden zu sein.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die am Mittwoch vom Sicherheitsrat verabschiedete Resolution 2712 (2023), in der bekräftigt wird, dass alle Parteien ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommen müssen. Dies schließt sich natürlich an die klare Position an, die die Generalversammlung in ihrer Resolution vom 26. Oktober zum Schutz der Zivilbevölkerung in den besetzten palästinensischen Gebieten und in Israel eingenommen hat.

Heute Morgen möchte ich darlegen, was wir vom Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten als die notwendigen Voraussetzungen für die humanitäre Hilfe ansehen.

Es handelt sich um zehn Punkte, die alle zum Standardrepertoire der humanitären Hilfe gehören. Die meisten von ihnen beruhen auf den Verpflichtungen des humanitären Völkerrechts, die Zivilbevölkerung zu schonen und ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, unter anderem durch die Ermöglichung einer schnellen und ungehinderten Beförderung humanitärer Hilfsgüter.

Erstens: Wir müssen in der Lage sein, von der Ad-hoc-Hilfe zu einem kontinuierlichen Fluss der Hilfe überzugehen. Die Menschen in Not und die humanitären Organisationen brauchen die Gewissheit, dass die Hilfe ankommt.

Zweitens: Mehr Grenzübergänge nach Gaza für Hilfsgüter und kommerzielle Lieferungen von lebenswichtigen Gütern. Es ist logistisch unmöglich, das Ausmaß des Bedarfs in Gaza von einem einzigen Grenzübergang im Süden aus zu decken. Zumindest brauchen wir die Erlaubnis, den Grenzübergang Kerem Shalom zu benutzen, über den vor Beginn der Feindseligkeiten im Oktober 60 Prozent der Waren geliefert wurden.

Drittens: Treibstoff. Wie wir wiederholt betont haben, ist Treibstoff für die Weiterleitung von Hilfsgütern in den Gazastreifen und für das Funktionieren lebenswichtiger Dienste von entscheidender Bedeutung. Mit anderen Worten, er ist unerlässlich, um die Menschen am Leben zu erhalten. In den letzten Tagen durfte das UNRWA 24.000 Liter Treibstoff für zwei Tage Verteilung von Hilfsgütern im Gazastreifen erhalten. Das ist zwar erfreulich, aber nur ein Bruchteil dessen, was benötigt wird, um das Minimum unserer humanitären Verantwortung in Gaza zu erfüllen: Dazu ist das Zehnfache, also 200.000 Liter, pro Tag erforderlich.

Viertens: Wir brauchen Sicherheitsgarantien und zusätzliche Einrichtungen, um Verteilungszentren für Hilfsgüter einzurichten, insbesondere im Süden des Gazastreifens. Dies werden Orte sein, an denen die Menschen wissen, dass sie Zugang zu den Hilfsgütern haben, und die als Ausgangspunkt für die umfassende Lieferung von Hilfsgütern dienen.

Fünftens: Sicherer und ungehinderter Zugang für humanitäre Organisationen zur Lieferung von Hilfsgütern im gesamten Gazastreifen. Diese erfordert die Erleichterung des Zugangs und die Gewährleistung der Sicherheit des humanitären Personals und der Hilfsgüter.

Das bringt mich zu **Sechstens:** Ein verbessertes humanitäres Notifizierungssystem. Damit soll sichergestellt werden, dass die Parteien über die Informationen verfügen, die sie benötigen, um ihren Verpflichtungen zum Schutz und zur Erleichterung humanitärer Maßnahmen nachzukommen.

Siebtens: Die Zivilbevölkerung muss die Möglichkeit haben, sich in sicherere Gebiete zu begeben und, wenn die Umstände es zulassen, freiwillig in ihre Wohnorte zurückzukehren.

Dies steht in direktem Zusammenhang mit **Punkt acht**: Wir müssen die Zahl der Notunterkünfte für vertriebene Zivilpersonen im gesamten Gazastreifen erhöhen. Hunderttausende haben bisher in UNRWA-Einrichtungen Zuflucht gefunden. Diese Unterkünfte und die heldenhaften Bemühungen des UNRWA waren für so viele dieser Menschen der Puffer zwischen Überleben und Tragödie. Aber diese Einrichtungen sind überfüllt, überlastet und überfordert. Wir müssen die Zahl der Standorte und Einrichtungen erweitern, insbesondere im Süden, wo weiterhin Hunderttausende von Zivilpersonen ankommen.

Neuntens: Finanzierung. Humanitäre Maßnahmen können nicht durchgeführt werden, wenn kein Geld für ihre Finanzierung vorhanden ist. Der Nothilfeaufruf für Gaza beläuft sich auf 1,2 Milliarden Dollar. Bislang haben wir rund 132 Millionen Dollar erhalten. Um unsere Aufgabe zu erfüllen und all die Menschen in Not zu erreichen, brauchen wir die entsprechenden Mittel.

Zehntens: Ein humanitärer Waffenstillstand. Nennen Sie es, wie Sie wollen, aber aus humanitärer Sicht ist die Forderung einfach. Stellen Sie die Kämpfe ein, damit sich die Zivilbevölkerung in Sicherheit bringen kann. Tun Sie dies so lange wie möglich, um eine ungehinderte humanitäre Hilfe zu ermöglichen. Gönnen Sie den Menschen in Gaza eine Atempause von den schrecklichen, schrecklichen Dingen, die ihnen in den letzten Wochen zugemutet wurden. Und lassen Sie bedingungslos alle Geiseln frei.

Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir den vollen Einfluss der UN-Mitgliedschaft. Wir bitten nicht um den Mond. Wir verlangen die grundlegenden Maßnahmen, die erforderlich sind, um die grundlegenden Bedürfnisse der Zivilbevölkerung zu befriedigen und den Verlauf dieser Krise aufzuhalten.

Denn so schlimm die Lage in Gaza auch ist, sie könnte noch viel schlimmer werden.

Ich habe echte Bedenken, dass dieser Konflikt, wenn wir jetzt nicht handeln, seine Ranken weiter in andere Teile der besetzten palästinensischen Gebiete ausbreiten und die Region in einen Flächenbrand mit noch katastrophaleren Folgen ziehen könnte.

Ich danke Ihnen.

ochaupt@un.org